

1725/J XXI.GP
Eingelangt am: 18-01-2001

ANFRAGE

der Abgeordneten Lunacek, Petrovic, Freundinnen und Freunde

an den Bundeskanzler

betreffend betreffend Einsatz und Wirkung von NATO - Munition mit abgereichertem Uran im Balkankrieg

In der Anfrage 6141 / J XX.GP vom 22.4.1999 an den Bundeskanzler wies die Grüne Abgeordnete Madeleine Petrovic auf den Einsatz von DU(depleted uranium) - Munition bei den Angriffen im Jugoslawienkrieg im 1. Halbjahr 1999 hin.

In der Antwort merkte der damalige Bundeskanzler Viktor Klima an, dass dieses Thema nicht in den Vollzugsbereich des Bundeskanzleramtes falle, er aber über die Problematik des Einsatzes uranhaltiger Munition aus der Eingabe einer NGO und aus der Medienberichterstattung im April 1999 erfahren habe.

Der damalige Verteidigungsminister Werner Fasslabend stellte zur Anfrage 6140 / J XX.GP vom 22.4.1999 fest, dass der angesprochene Themenbereich keinen Gegenstand der Vollziehung seines Ressorts bilde, und dass ihm außerdem keine Berichte darüber vorlägen, "dass beim NATO - Einsatz in Jugoslawien Munition mit abgereichertem Uran eingesetzt wurde."

Die österreichische Bundesregierung war also spätestens seit der damaligen Anfrage der Grünen über den Verdacht der Gesundheitsgefährdung durch von der NATO eingesetzte DU - Munition informiert. Die jüngsten Medienberichte über Leukämie - Erkrankungen und - Todesfälle von KFOR - Soldaten lassen vermuten, dass von seiten der österreichischen Bundesregierung seit damals nichts unternommen wurde, um Aufklärung in den Verdacht der Gesundheitsgefährdung durch DU - Munition zu bringen.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE:

1. Dem Bundeskanzleramt war spätestens seit April 1999 der Verdacht der Gesundheitsgefährdung wegen des Einsatzes DU - hältiger Munition am Balkan bekannt. Was wurde von Seiten der zuständigen BeamtInnen im BKA sowie in anderen mit der Thematik befassten Ministerien getan, um
 - 1a) die Bevölkerung in den betroffenen Gebieten sowie
 - 2b) rückkehrende Flüchtlinge und
 - 3c) österreichisches Einsatzpersonal in den betroffenen Gebieten zu informieren und gegebenenfalls zu schützen?

2. Eine Vielzahl von Nichtregierungsorganisationen, wie Rotes Kreuz, Hilfswerk Österreich, SOS - Kinderdorf waren in Bosnien und im Kosovo im Einsatz. Österreich hat sich mit der großangelegten Spendenaktion "Nachbar in Not" einen exzellenten Ruf als hilfreicher Nachbar erworben. Ist Ihnen bekannt ob und von wem Untersuchungen über die Existenz radioaktiver Substanzen und deren mögliche Gesundheitsgefährdung im Einsatzgebiet österreichischer Hilfsorganisationen vorgenommen wurden?
2a) Wenn nein, warum nicht?
3. Österreichische Hilfsorganisationen waren auch im Ambulanzeinsatz am Balkan tätig. Ist Ihnen bekannt ob bei betreuten Personen, die an Immunschwächeerkrankungen leiden, auch auf Strahlenbelastung durch DU - Munition als mögliche Ursache untersucht wurde?
3a) Wenn ja, mit welchem Ergebnis?
3b) Wenn nein, warum nicht?
4. In der Anfragebeantwortung vom 23. Juni 1999 hat der damalige Bundeskanzler Viktor Klima betont, dass er sich "im Rahmen der Organisation der Rückkehr der Vertriebenen" dafür einsetzen werde, diesen Aspekt (gemeint war der der möglichen Gesundheitsgefährdung bei Rückkehr von Flüchtlingen in verstrahlte Regionen) "zu berücksichtigen". In welcher Weise wurde bei der Organisation der Rückkehr von Flüchtlingen darauf Rücksicht genommen, dass eine radioaktive Belastung der Region vorliegen könnte?
5. Was haben Sie bzw. hat das BKA unternommen um sicherzustellen, dass kein Kriegsflüchtling in radioaktiv belastetes Gebiet mit belasteten Ackerflächen und Trinkwasser zurückkehren muss?
6. Wurde bei der Saatgutaktion im Rahmen der Aktion "Nachbar in Not" darauf Bedacht genommen, dass auf Grund der radioaktiven Belastung des Bodens die Ernte gesundheitsgefährdend verstrahlt sein könnte?
7. Haben österreichische Vertreterinnen bei der Sarajewo - Gipfelkonferenz Ende Juli 1999 auf den Einsatz von DU - hältiger Munition hingewiesen?
7a) Wenn ja, in welcher Form?
7b) Wenn nein, warum nicht?
8. Welche Fördermittel (aufgeschlüsselt nach Ländern und Projekten) erhalten Umweltprogramme in Ex - Jugoslawien von österreichischer Seite bzw. von seiten des Stabilitätspaktes zugewiesen, um die Folgeschäden der NATO Angriffe sanieren zu können?
9. Wie erklären Sie, dass österreichische Medien und oppositionelle PolitikerInnen durchaus kritisch über den problematischen Einsatz von DU - Munition berichtet haben und berichten, die jeweiligen österreichischen Bundesregierungen zu diesem Thema jedoch außer beschwichtigenden Äußerungen keine Stellung beziehen?